

**Dokument 90(2019-2020) Nr. 1**

**Beschlussvorschlag zur Einsetzung eines Sonderausschusses zur Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie und der Folgen der diesbezüglich getroffenen Maßnahmen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

**Benennung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Sonderausschusses**

**Bezeichnung des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Sonderausschusses**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament

Schon der Philosoph Sokrates hatte erkannt, dass der Kluge aus allem und von jedem lernt, der Normale aus seinen Erfahrungen und der Dumme alles besser weiß.

Diese Feststellung gilt im gegenwärtigen Krisenkontext selbstverständlich auch für das Parlament. Es gilt aus der aktuellen COVID-19-Krise die richtigen Erkenntnisse und Schlussfolgerungen zu ziehen. Kurz, es gilt, aus der Krise zu lernen.

Seit fast fünf Monaten bestimmt die Corona-Pandemie auch in unserer Gemeinschaft den politischen Alltag. Wie allerorten galt es auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, rasch und konsequent Maßnahmen gegen die unkontrollierte Ausbreitung des COVID-19-Virus zu treffen.

Es war so, als hätte man den Stecker gezogen. Das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben kam in vielen Bereichen zum Stillstand, die Krankenhäuser schalteten in den Krisenmodus, die Wohn- und Pflegezentren standen vor einer Herkulesaufgabe, der Unterricht fand per Homeschooling statt, Betriebe mussten Arbeitnehmer in Kurzarbeit schicken oder Entlassungen vornehmen, Kultur- und Sportveranstaltungen waren untersagt, Gottesdienste in den Kirchen waren verboten und an den Staatsgrenzen wurde wieder strengsten kontrolliert. Und nicht zuletzt wurden persönliche, von der Verfassung garantierte Grundfreiheiten, eingeschränkt.

Um den Folgen des Lockdowns entgegenzuwirken, wurde die Regierung vom Parlament mit Sondervollmachten ausgestattet. Zu Beginn der heutigen Sitzung wurde in der Regierungsmitteilung eine detaillierte Übersicht aller bisher beschlossenen Maßnahmen präsentiert.

So wie auf Ebene des Föderalstaates und auf gliedstaatlicher Ebene sollen auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft alle getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie und zur Bekämpfung der tiefgreifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen dieser Krise systematisch und detailliert von einem Sonderausschuss evaluiert werden.

Insgesamt wurden 17 Themenbereiche identifiziert, die vom Sonderausschuss von September 2020 bis Juni 2021 untersucht werden sollen. Und da die Krise keineswegs überwunden ist, kann diese

Liste jederzeit um weitere Themen erweitert werden.

So wie andere Fraktionen hat auch die ProDG-Fraktion schon im April dafür plädiert, dass alle mit dieser Krise verbundenen Aspekte im Nachgang transparent, detailliert und umfassend auf den Prüfstand gelegt werden müssen. Damit wird das Parlament einerseits seiner Kontrollfunktion gerecht und zum anderen müssen wir, wie eingangs erwähnt, aus dieser Krise lernen.

Auch wenn die Mehrheitsfraktionen ursprünglich für diese Aufgabe einen Untersuchungsausschuss mit weitreichenden Vollmachten favorisierten, so haben wir uns schlussendlich der einhelligen Meinung der Opposition angeschlossen, die einen Sonderausschuss für das geeignetere Instrument hält. Es sei aber nochmals deutlich hervorgehoben, dass dem Parlament jederzeit die Möglichkeit gegeben ist, aus gewichtigen Gründen diesen Sonderausschuss in einen Untersuchungsausschuss umzuwandeln.

Einen zweiten, von der CSP geforderten Sonderausschuss, der parallel und zeitgleich zum Corona-Sonderausschuss im Rahmen eines breit gefassteren Auftrags die Lage in den Wohn- und Pflegezentren untersuchen soll, lehnt die Mehrheit ab.

Da der Corona-Sonderausschuss sich bereits detailliert mit der Situation in den Wohn- und Pflegestrukturen befassen wird, würde ein zweiter Sonderausschuss eher nur Verwirrung bei den betreffenden Einrichtungen stiften.

Auch einen von der Vivant-Fraktion geforderten Untersuchungsausschuss zur „Untersuchung der Vorwürfe gegen die Interkommunale Vivias“ lehnt die ProDG-Fraktion ab.

Die Regierung wird in den kommenden Monaten in den von der Interkommunalen Vivias verwalteten Einrichtungen unangemeldete Inspektionen durchführen. Zudem hat der Verwaltungsrat von Vivias die Möglichkeit, ein externes Audits oder eine anonyme Mitarbeiterbefragung durchführen zu lassen.

Des Weiteren hat das Präsidium des Parlamentes beschlossen, auf der Grundlage von Artikel 3 des Dekrets zur Schaffung eines Ombudsdienstes in der DG die Ombudsfrau damit zu beauftragen, „eine Bestandsaufnahme der Behauptungen und Vorwürfe“ bezüglich der von Vivias geführten Einrichtungen vorzunehmen und bis zum 31. Oktober 2020 einen Bericht vorzulegen.

Dies sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt die geeigneteren Instrumente, um die gegen die Interkommunale Vivias im Raum stehenden Vorwürfe zu untersuchen und gegebenenfalls die geeigneten Maßnahmen zur Behebung der inkriminierten Missstände einzuleiten.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir aus der Krise die richtigen Schlussfolgerungen ziehen, kann diese sogar dazu beitragen, unsere Gesellschaft insgesamt und unsere Gemeinschaft insbesondere für die Zukunft krisensicherer zu machen. Durch diese Krise kann die Resilienz der Gesellschaft gestärkt werden.

Ich kann Ihnen versichern, dass die ProDG-Fraktion sich mit aller Kraft und mit viel Engagement an der umfassenden Arbeit dieses Sonderausschusses beteiligen wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Freddy CREMER (ProDG-Fraktion)

## **Benennung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Sonderausschusses**

Die Mitglieder der ProDG-Fraktion in diesem Sonderausschuss sind: Frau Liesa SCHOLZEN und die Herren José GROMMES und Freddy CREMER

Die stellvertretenden Mitglieder sind: Herr Joseph HILLIGSMANN, Frau Petra SCHMITZ und Frau Lydia KLINKENBERG

## **Bezeichnung des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Sonderausschusses**

Es ist von grundlegender Bedeutung für die Arbeit dieses Sonderausschusses, dass in diesem Gremium fraktionsübergreifend transparent, umfassend, effizient und zielorientiert gearbeitet wird.

Keinesfalls sollte die Arbeit in diesem Sonderausschuss durch parteipolitische Querelen oder Partikularinteressen einzelner Fraktionen untergraben werden

Ich denke, dass Parlament kann insgesamt an Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn sich alle Parlamentarier in diesem Sonderausschuss mit gebührender Sorgfalt dieser Aufgabe widmen.

Damit dies gelingt, sollte die Arbeit in diesem Sonderausschuss in keiner Weise durch das bekannte Geplänkel zwischen Mehrheit und Opposition gestört werden.

Aus diesen Erwägungen schlagen wir als Vorsitzenden für diesen Sonderausschuss den Kollegen von der CSP-Fraktion, **Herrn Jérôme FRANSEN**, vor.

Als stellvertretenden Vorsitzenden des Sonderausschusses schlagen wir **Herrn Gregor FRECHES** von der PFF-Fraktion vor.